



Völkermord und Vorurteil

Ein Vortrag von Christian Frieling

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

heute vor genau sechzig Jahren - in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 - fand im Deutschen Reich ein Ereignis statt, das den Wendepunkt in der antisemitischen Politik des nationalsozialistischen Regimes darstellt. Die in der Reichspogromnacht erfolgten Ausschreitungen gegen die deutsch-jüdische Bevölkerung erreichten eine neue Qualität: Nach der Ausgrenzung- und Entrechtungspolitik der Nationalsozialisten wurde nun in bis dahin nicht gekanntem Maße gegen Eigentum, aber auch die körperliche Existenz der jüdischen Bevölkerung vorgegangen. Von hier aus war es nun nur noch ein kleiner Schritt bis zur Umsetzung der geplanten Massenvernichtung von mehreren Millionen Juden.

Der Erinnerung an dieses Ereignis dient dieser Vortrag; wie auch die Ausstellung „Zukunft ohne Vergessen“, die gestern in der Kamener Stadthalle eröffnet worden ist und die das Ergebnis eines bemerkenswerten Projektes der Kamener Gesamtschulen ist. Denn gerade wer in diesem Land Zukunft gestalten will, muss dies tun, ohne die jüngere deutsche Vergangenheit, die sicherlich auch nicht mehr traumatisch ist, zu vergessen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte meinen Vortrag heute - mit Ihrem Einverständnis - in drei Teile gliedern. Zunächst möchte ich erläutern, welche historischen Bedingungen die Reichspogromnacht möglich machten. In einem nächsten Teil will ich Ihnen - entsprechend des angekündigten Titels dieses Referates, nämlich Völkermord und Vorurteil, - einen kurzen Überblick über die Geschichte der Judenverfolgung und die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland geben, bevor ich abschließend die nationalsozialistische Judenpolitik von 1933 bis zum Genozid und dem Ende des Dritten Reiches beleuchten will.

Vorgeschichte der Reichspogromnacht

Lassen Sie uns zunächst einen kurzen Blick auf die Vorgeschichte der Reichspogromnacht werfen. Am Rande sei übrigens bemerkt, dass ich mich entschieden gegen die Bezeichnung Reichskristallnacht wende. Dieser Terminus, der sich sowohl in der zeitgenössischen Literatur wie auch bis weit hinein in die bundesrepublikanische Geschichtsschreibung hält, verharmlost die Vorgänge in erschreckender Weise. Einerseits verharmlost er die Ereignisse, denn schließlich ging hier eben nicht nur Glas zu Bruch. Zum anderen impliziert der Ausdruck des teuren Kristalls das Vorurteil, die Juden in Deutschland seien in der Regel reich gewesen. Das dies nicht stimmt, werde ich noch aufzeigen.

Aber kommen wir auf die Ereignisse des Jahres 1938 zurück.

Wie so häufig in der Geschichte bildete ein marginaler Anlass den Anfang der verhängnisvollen Entwicklung. Die polnische Regierung hatte nach dem Anschluss Österreichs ein Gesetz erlassen, dass auf Dauer die Pässe der Auslandspolen für ungültig erklärte, wenn sie länger als 5 Jahre ununterbrochen im Ausland lebten. Dies betraf im wesentlichen 20.000 polnische Juden in Österreich und etwa 50.000 im Reichsgebiet. Sie waren fast alle im Verlaufe des Ersten Weltkrieges, vor allen Dingen als Zwangsarbeiter, in das Reichsgebiet gekommen. Nach Kriegsende bestand nirgendwo ein übergeordnetes Interesse an ihrer Rückführung, so dass sie in der Regel dort blieben, wohin man sie im Krieg gebracht hatte.

Das Gesetz sollte schließlich am 30. Oktober 38 in Kraft treten. Auf nationalsozialistischer Seite war dies ein willkommener Anlass, die unliebsamen, meist orthodoxen Ostjuden los zu werden. Die Gestapo begann am 26. Oktober, also 4 Tage vor Inkrafttreten der neuen Regelung, mit aller Brutalität einen Teil der betroffenen Personen zusammen zu treiben. Mehr als 17.000 Juden wurden über die Grenze abgeschoben. Da die polnische Seite aber ihre Grenze schloss, irrten diese vielen nun im Niemandsland als Staatenlose herum.

Unter diesen befand sich auch die Familie Grünspan, deren 17-jähriger Sohn sich in Paris aufhielt und so der Deportation entgangen war. Dieser erhielt am 3.11. eine Postkarte seiner Schwester, die ihn über das Unglück der Familie informierte. Am 7.11. schoss Herschel Grünspan auf den deutschen Legationsrat in Paris, von Rath, und verletzte diesen schwer. Er wollte mit dieser Tat gegen die brutale Vertreibung der Juden polnischer Nationalität aus Deutschland protestieren.

In der wissenschaftlichen Diskussion der letzten Jahre ist von einigen wenigen Autoren die These vertreten worden, der nachgewiesene Homosexuelle von Rath hätte eine private Beziehung zu Herschel Grünspan unterhalten, lässt sich meines Erachtens nicht wirklich belegen. Aber selbst wenn es so wäre, für die nun folgenden Ereignisse wäre es ohne Belang.

Denn für die nationalsozialistische Presse war dieses Attentat ein gefundenes Fressen. Goebbels benutzte das Attentat zunächst zu einer breit angelegten Kampagne. Dieses Attentat sei der endgültige Beweis für eine Verschwörung des Weltjudentums gegen das Dritte Reich, hieß es schon am 8. November in der deutschen Presse. Nun sei es an der Zeit, die Juden aus allen staatlichen und wirtschaftlichen Positionen zu verdrängen, wurde Stimmung gemacht.

Und dennoch: Trotz aller Hetztiraden war die Aktion vom 9./10. November kein Ausdruck eines wie immer gearteten „spontanen Volkszorns“, wie die NS-Presse es nachher darstellen wollte, sondern eine eiskalt durchdachte und geplante Maßnahme des nationalistischen Staates, die als Einstieg in die Massenvernichtung der Juden dienen sollte.

Am Abend des 9. November finden reichsweit Veranstaltungen der NSDAP statt. Man feiert den „Tag der Bewegung“, der an den - übrigens kläglich gescheiterten - Hitler-Putsch vom 9. November 1923 erinnern soll. In München fand wie in jedem Jahr eine Feier mit den „Alten Kämpfern“ der Bewegung statt. Gegen 21 Uhr erreichte die Nachricht vom Tode von Raths die Versammlung. Nachdem Hitler gegen 22 Uhr die Veranstaltung verlassen hatte - er wollte als Reichskanzler wohl nicht offiziell darin verstrickt sein - ergriff Goebbels das Wort.

In einer flammenden Rede forderte er Vergeltung und Rache für den Tod des Diplomaten und er erweckte bei den Zuhörern auf geschickte Art und Weise den Eindruck, als seien sie jetzt zu Aktionen aufgerufen. Gleich im Anschluss an die Rede liefen die Telefondrähte heiß. Über die Gaupropagandaämter wurden die Neuigkeiten an alle Kreis- und Ortsgruppenleitungen weitergegeben. Die Spitzenfunktionäre der Partei informierten, jetzt als Befehl formuliert, die Einsatzstäbe der SA. Schon kurze Zeit später brannten die ersten Synagogen.

Im Laufe der Nacht wurden an nahezu allen jüdischen Geschäften und Wohnungen die Fenster eingeworfen, Läden geplündert oder zerstört. Tausende von jüdischen Deutschen wurden verprügelt, es

kam zu Vergewaltigungen, auch zu einigen Todesfällen. Die in der Ankündigung zu meinem Vortrag genannte Zahl von 191 Toten ist übrigens nicht korrekt, genaue Angaben liegen uns nicht vor, es waren wohl mehrere Hunderte.

In dieser Nacht und an den folgenden Tagen wurden insgesamt mehr als 30.000 Juden in die Konzentrationslager eingeliefert. Diese Aktion war aber auf einige Wochen beschränkt, jeder der sich verpflichtete, auszuwandern kam sofort wieder frei. Dennoch bedeutet dies viel: Dem jüdischen Bevölkerungsteil wurde deutlich gemacht, dass die Reichspogromnacht ihre noch existierende bürgerliche Existenz vernichtet hatte, die Einlieferung in die KZs markierte den endgültigen Bruch mit einem Leben als Teil der deutschen Gesellschaft.

Der materielle Schaden, der infolge des Pogroms entstanden war, war riesengroß. Am 12. November zog Hermann Göring für die Reichsregierung Bilanz: 7500 jüdische Geschäfte waren vollkommen zerstört worden, 191 Synagogen waren den Flammen zum Opfer gefallen, 76 weitere durch menschliche Gewalt zerstört, hieß es offiziell. Heute wissen wir, dass mehr als 1000 Synagogen und Bethäuser vernichtet worden sind.

Am Rande bemerkt sei, dass die Kamener Synagoge nicht angezündet worden ist. Dies wird seinen Grund darin gehabt haben, dass sie Gebäude und Grundstück zu diesem Zeitpunkt bereits in städtischen Besitz übergegangen war.

Allein der angerichtete Glasschaden betrug viele Millionen Mark. In der gleichen Sitzung am 12. November waren sich die Vertreter der NSDAP auch einig, dass die Juden für die Schäden haften sollten - schließlich hatten sie ja angeblich den „Gesunden Volkszorn“ heraufbeschworen. Sichertgestellt wurde diese Schädigung dadurch, dass die von den Versicherungen zu zahlenden Entschädigungen beschlagnahmt wurden. Aber damit nicht genug: Im gleichen Atemzug wurde nicht lange über eine „Buße“ diskutiert, die den Juden auferlegt werden sollte. Hier legte man sich schnell auf eine Milliarde Reichsmark fest, letztendlich wurde es 1,12 Milliarden Reichsmark.

Jetzt blieb nur noch festzulegen, wer denn von diesem Geld profitieren sollte. Goebbels strebte an, die gesamten Zahlungen der Parteikasse zufließen zu lassen. Mit diesem Ansinnen konnte er sich aber nicht durchsetzen. Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan konnte erreichen, dass das Geld der Staatskasse zufluss. Hier war es ein willkommener Beitrag zur Finanzierung der deutschen Kriegsvorbereitungen.

Verlassen wir an diesem Punkt nun die Ereignisse, deren Erinnerung uns heute hier zusammen gebracht hat, und werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte der Judenverfolgung. Denn auch wenn die Reichspogromnacht ein ausgeklügelter Schritt auf dem Weg in die Massenvernichtung war, so war doch dieses Pogrom kein singulärer Akt, sondern steht in einer langen Reihe anderer Pogrome, deren Ursachen unter mentalitätsgeschichtlichen Aspekten von großer Bedeutung ist.

Geschichte der Judenverfolgung

Das ganze Dilemma beginnt eigentlich mit dem jüdischen Aufstand im Palästina des Jahres 70, in dessen Folge der Tempel in Jerusalem zerstört worden ist und dem zweiten Aufstand in der römischen Provinz Judäa, der 135 nach Christus niedergeschlagen wird. Beide Ereignisse, insbesondere das letztere, zogen die Vertreibung der Juden nach sich. Diese Zerstreuung, Diaspora genannt, führte zur Herausbildung größerer jüdischer Gemeinden im Mittelmeerraum. Mit der Zeit setzte hier eine Nordwanderung ein, so dass bereits im frühen Mittelalter eine Besiedlung der Städte auf dem Gebiet der deutschen Staaten zu verzeichnen war.

Schon früh bildete sich eine grundlegende Judenfeindlichkeit in der mittelalterlichen Gesellschaft heraus, die man aber nicht als eine durchgehende Konstante sehen darf. Sie hatte verschiedene Ursachen und nahm in verschiedenen Zeiten recht unterschiedliche Formen an. Keinesfalls ist es so, dass das Mittelalter die Zeit ist, in der die Judenfeindlichkeit und insbesondere die Judenverfolgung eine unveränderliche Konstante darstellt.

Die Begegnung von Juden und Christen war im Mittelalter zu allererst von einem religiösen Hintergrund bestimmt. Hierbei muss man sich vergegenwärtigen, dass die Religion in keiner Weise Privatangelegenheit war, sondern ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, der das gesamte Leben, bis über den Tod hinaus, prägte. Ein Diskurs über religiöse Grundfragen war in dieser intoleranten Gesellschaft nicht möglich, befand sich doch jeder im Besitz der vermeintlich einzig göttlichen Wahrheit.

Für die Christen war die Erlösung durch Christus fundamental, dieser aber war von seinem Volk, den Juden, getötet worden. Dagegen war es für die Juden inakzeptabel, anzunehmen, dass der Messias bereits da war. Dieser Gott präsentierte sich dann auch noch in einer mysteriösen Dreifaltigkeit. Aus diesem Gegensatz heraus entwickelte sich eine latente Grundfeindschaft, die von den mittelalterlichen Menschen als gottgegeben hingenommen wurde.

Neben diese religiös motivierte Abgrenzung trat eine wirtschaftliche Abgrenzung. Allein durch die religiösen Vorschriften, insbesondere die strikte Sabbatruhe war eine Integration in ein anders geartetes Wirtschaftsleben schier unmöglich. Das mittelalterliche Lehenssystem, das durchaus auch religiös begründet wurde, ließ ihnen höchstens einen Platz am Rande der Gesellschaft. So fanden sie eine gewisse Zeit lang als Kaufleute eine Lücke, die im Fernhandel unter dem besonderen Schutz des Adels standen, der davon profitierte. Mit der Herausbildung der Städte übernahmen dies aber christliche Kaufleute, so dass für die Juden nur der ländliche Kleinhandel blieb. Es bildete sich die Gruppe der sogenannten Dorfjuden heraus. Mit der Entstehung der Zünfte verloren die Juden jeden Anteil an der Gewerbeproduktion.

So blieben ihnen im Wesentlichen zwei Bereiche: Zum einen das Gebiet der Medizin, dessen Spezialistentum - mit allen Einschränkungen zu dieser Zeit - nicht durch ständische Ordnungen behindert war. Den anderen Bereich bildete der Geldhandel, der von der Kirche als Wucher verdammt wurde. Da dieser Bereich die Judenfeindschaft förderte, da sie Abhängigkeiten vom vermeintlich gottlosen Wucherer in wirtschaftlicher Hinsicht förderte, darf uns nicht wundern.

Im deutschen Reich fand das erste Judenpogrom, das uns überliefert ist, während des ersten Kreuzzuges 1099 statt. Hier machten sich verarmte Bauern und andere Habenichtse, angespornt von fanatisierten Predigern, auf den Weg, die heiligen Stätten von den Ungläubigen zu befreien. Bei ihrem Zug, vor allen Dingen durch die rheinischen Städte, mussten sie erleben, dass schon hier Ungläubige lebten, und dies zum Teil in wirtschaftlich ausgesprochen gesunden Verhältnissen. Warum also bis ins heilige Land ziehen, wenn man bereits hier die Feinde des Christentums niedermachen konnte? Hier treten also zum ersten Male gezielte Morde an der jüdischen Minderheit auf, die getragen werden von Neid und Missgunst auf der einen Seite, aber auch von einem christlich geprägten Vernichtungswillen gegen die Feinde des Glaubens. Solche Pogrome werden von nun an, in unterschiedlicher Ausprägung, Bestandteil aller Kreuzzüge.

Mit dem Beginn des 13. Jahrhunderts fand die Judenfeindlichkeit eine neue, klerikale Begründung. Den Juden wurde nun unterstellt, christliche Kinder zu entführen und aus rituellen Gründen zu ermorden. Entweder wurde dies in einen Zusammenhang mit dem Leiden Christi gestellt, etwa derart, dass die Opfer auf die gleiche Weise wie Jesus ermordet wurden, oder aber man unterstellte den Juden, dass sie das Blut der Opfer für rituelle Zwecke verwendeten. Gerade letzteres war völlig absurd, spielt doch Blut im jüdischen Glauben keine Rolle.

Je mehr sich in der Volksfrömmigkeit der Glaube an die Transsubstantiation durchsetzte, d. h., je mehr man glaubte, dass sich in der Wandlung von Wein in Blut und Hostie tatsächlich in den Leib Christi vollzogen, desto mehr nahmen die Vorwürfe wegen Hostienschändung gegen Juden zu. Immer öfter taucht das Bild von zerstochnen Hostien auf, die implizieren, dass hier der Leibhaftige Jesus gefoltert wurde.

Aber auch weltliche Begründungen für die Verfolgung der jüdischen Minderheit spielten nun eine immer größere Rolle. Besonders die Pestepidemien, die ab Mitte des 14. Jahrhunderts in immer neuen Wellen ganz Europa heimsuchten, trugen zu dieser Entwicklung maßgeblich bei.

Da die medizinisch-hygienischen Ursachen für die Pest noch gänzlich unbekannt waren, suchte man andere Erklärungen für die Entstehung der Seuche. Naheliegender war, dass diese künstlich herbeigeführt worden war. Und was lag näher, als die sowieso ungeliebten Juden verantwortlich zu machen? Diesen wurde nun unterstellt, die Brunnen vergiftet zu haben, um die Christen auszurotten. Unter der Folter gaben dann einzelne Juden die Untaten zu, so dass die Verleumdungen einen gewissen, wenn auch sehr zweifelhaften Wahrheitsgehalt erhielten.

Erst als immer neue Pestepidemien Europa verwüsteten und deutlich wurde, dass der jüdische Bevölkerungsanteil nicht weniger Opfer wurde als alle anderen, ließen die Verfolgungen nach.

Grundsätzlich lässt sich also festhalten, dass sowohl religiös-klerikale Begründungen wie auch weltliche Anlässe die Grundlage für die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich darstellten. Fast immer wurden die Juden als „Sündenböcke“ für Fehlentwicklungen herangezogen, mitunter verbanden sich alle Pseudo-Schuldzuweisungen zu einer Handlungsstrategie.

Alle mittelalterlichen Pogrome waren in der Regel nur von lokaler oder regionaler Auswirkung, nicht immer führten sie auch zur physischen Ausrottung der jüdischen Bevölkerung. In vielen Fällen kam es nur zu zeitlich begrenzten Vertreibungen aus Städten, nach wenigen Jahren kehrte der jüdische Bevölkerungsteil in seine alten Quartiere zurück.

Allein in England und Spanien kam es zu Vertreibungen aus dem ganzen Staatsgebilde. Ich will aber hier nicht den Eindruck erwecken, als sei diese Zeit allein von Judenverfolgungen geprägt gewesen. Es hat im Deutschen Reich zahlreiche Gegenden gegeben, in den Pogrome gänzlich unbekannt waren. Ebenso hat es auch in den verfolgungsreichen süddeutschen Reichsteilen sehr lange Phasen gegeben, in denen Juden und Christen ohne größere Probleme zusammenlebten.

Dennoch muss man eines festhalten: Die latente Abneigung gegen die jüdische Bevölkerung hat sich in ihren Begründungen bis in das 20. Jahrhundert hinein gehalten. So ist die Metapher von den jüdischen Brunnenvergiftungen bis in unser Jahrhundert hinein geläufig. Und in religiös geprägten Gesellschaftsteilen ist die Mär von den Juden als den Mördern Christi noch bis in die Nachkriegszeit existent. Es wird also deutlich, dass auch die nationalsozialistische Judenpolitik auf tiefgreifende Vorurteile in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung setzen konnte.

Eine Wende in der Politik gegenüber dem jüdischen Bevölkerungsteil setzte erst am Ende des 18. Jahrhunderts und dann im 19. Jahrhundert ein. Zwei Dinge vor allem bewirkten einen völligen Umbruch der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ganz Europa und besonders auch in Deutschland. Dies waren zum einen die Gedanken der Aufklärung, zum anderen die Französische Revolution. Beide Ereignisse führten zu einer Auflösung der bisherigen, ständisch verfassten Ordnung sowie des damit stark verbundenen absolutistischen Regimes. Im Gleichklang damit entstand eine neue bürgerliche Gesellschaft.

Die Einkehr des vernunftbestimmten Denkens fand ihren Ausdruck in der Deklaration von Menschen- und Bürgerrechten, damit verbunden war der Ruf nach einer Verfassung und politischer Teilhabe, wie er schließlich in der bürgerlichen Revolution von 1848 seinen Ausdruck fand.

Einen Teil dieses allgemeinen Emanzipationsprozesses, sicherlich nicht seinen wichtigsten, aber den schwierigsten und umstrittensten, stellte die Emanzipation der Juden dar. Denn die „Lösung der Judenfrage“ stand im Mittelpunkt vieler Diskussionen in den Jahren 1780 bis 1870. Dass es eine Judenfrage gab, war für die aufgeklärten Zeitgenossen dabei völlig unstrittig. Nach ihrem Verständnis konnte - unter Anerkennung der Menschenrechte - kein moderner Staat auf die Integration eines Teiles seiner Bevölkerung verzichten.

Und der Bevölkerungsteil der Juden unterschied sich in dieser Zeit nicht nur durch Religion und Sprache, durch Kultur und Abstammung deutlich von allen anderen Bevölkerungsteilen. Er bildete auch unter sozialen Aspekten eine einheitliche soziale Gruppe. Denn nicht die wenigen reichen Juden waren das Problem der Aufklärung, ihre Integration in weite Teile des höfischen und adeligen Lebens

hatte sie weitgehend assimiliert. Das Problem stellte die Masse der armen Juden dar. Das waren jene Juden, denen der Zugang zu jedem bürgerlichen Gewerbe untersagt war.

Sie lebten vom sogenannten Nothandel, also als Hausierer und vom Trödelhandel. Rechtlich konnten sie sich allein auf Schutzbriefe verlassen, die jederzeit kündbar waren. Ihre Armut war in der Regel unbeschreiblich groß. Ihre Chancen dagegen, zumindest für ein Kind eine Heiraterlaubnis und ein Niederlassungsrecht zu erlangen, gleich null.

Diese Juden waren das Produkt der bisherigen Judenpolitik. Ihre alleinige Betätigung im Handel, zum Teil im Schacher- und Wuchergeschäft war in keiner Weise natürlich bedingt, sondern das Produkt des historischen Umgangs mit den Juden. Damit galt es für die Aufklärer auch als umkehrbar.

Man darf die Motive der aufgeklärten Denker jedoch auch nicht zu hoch schätzen. Zwischen der integrativen Absicht, die die Judenfrage prägte, und einer Akzeptanz der jüdischen, und damit anderen Lebensweise lagen noch Welten. Sicherlich verlangte man von den Juden nicht, dass sie Christen werden sollten, aber wenigstens sollten sie aufhören, Juden zu sein. Dies war der, wenn auch etwas diffuse Beitrag, den diese Minderheit leisten sollte.

Letztlich machte man zwischen Integration und Assimilation der Juden keinen Unterschied, bzw., man konnte sich eine Integration ohne Assimilation einfach nicht vorstellen.

Während man in Frankreich, in dem die Entwicklung gleichzeitig ablief, auf gesellschaftliche Kräfte setzte, die die Integration der Juden fördern sollte, ging man in den deutschen Staaten einen anderen Weg. Nach und nach wurden die Judengesetze abgeschafft. Dabei waren manche Staaten sehr schnell in der Umsetzung, andere, wie Preußen, machten mal einen Schritt vor, um dann wieder, nach 1848, rückwärtsgewandte Gesetze zu formulieren. Doch bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts war eines klar: Die Emanzipation stand bereits vor dem Abschluss, auch wenn die notwendigen Gesetze noch fehlten.

Gewissermaßen in drei Generationen hatte sich die Emanzipation der Juden durchgesetzt. Und nicht die staatlichen Regulierungsmaßnahmen hatten das bewirkt. Es war die Herausbildung einer bürgerlich-liberalistischen Gesellschaft, die der Ausgrenzung eines Teils dieser Gesellschaft ein Ende bereite. Der Liberalismus, der dieses Jahrhundert prägte, hatte dafür gesorgt, dass der soziale Ausgleich dem freien Spiel der Kräfte überlassen wurde. Und in dieses Prinzip des freien Spiels der Kräfte passten keine rechtlichen Einschränkungen mehr. So setzte sich die Gewerbefreiheit ebenso durch wie die Niederlassungsfreiheit. Und in dieser Folge fielen dann auch die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben.

Achthundert Jahre hatte es also von den ersten Judenverfolgungen an gedauert, bis die jüdischen Bewohner Deutschlands ein Teil der sie beherbergenden Gesellschaft werden konnten. Diese Entwicklung eröffnete ihnen zu einem großen Teil nun zum ersten Male die Möglichkeit, ihr soziales Elend zu verlassen und an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegsprozessen teilnehmen zu können. Das hieß aber auch, dass der Assimilierungsprozess, der schon lange begonnen hatte, ungeheuren Auftrieb bekam. Plötzlich war man nicht mehr Jude, sondern man war in erster Linie Deutscher. Dieses Gefühl, Teil einer Nation zu sein, hat das Verhalten der jüdischen Bevölkerung wesentlich geprägt. Dies gilt besonders für den ersten Weltkrieg, wie noch zu zeigen sein wird, aber auch besonders für die Zeit des deutschen Faschismus.

Wie wir alle wissen, endet mit der Emanzipation der jüdisch-deutschen Bevölkerung nicht die Verfolgung dieser Gruppe - im Gegenteil bekommt diese zum Ende des 19. Jahrhunderts eine völlig andere Qualität.

Die neue Qualität der Judenverfolgung: Die Entstehung der Rassenideologie

Diese neue Qualität entwickelt sich - vor allem zunächst in Frankreich - auf der Basis der von Darwin gemachten Entdeckungen auf dem Gebiet der Evolution. Hierauf fußend macht sich in der aktuellen

Forschung zum ersten Male eine Rassentheorie breit, die davon ausgeht, dass im Grunde drei Rassen zu unterscheiden seien. Hier gebe es die weiße, die schwarze und die gelbe Rasse, die sich auch durch äußerliche Merkmale unterscheiden lasse.

Hier stellte sich für judenfeindliche Agitatoren nun die Frage, wo in dieser Kategorie die Juden einzuordnen seien. Aus dieser Frage wurde dann die Minderwertigkeit der Juden, die eben diesen Rassebegriffen so nicht zuzuordnen waren, konstruiert.

Als diese pseudo-biologische Argumentation Deutschland erreicht, etwa in der Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, trifft es mitten in die größte Wirtschaftskrise, die dieses Jahrhundert verkraften musste, also in eine Zeit, in der man wieder einmal Schuldige für die eigene wirtschaftliche Lage suchte.

In dieser Zeit wurde in Deutschland der Begriff Antisemitismus geprägt, und zwar von Wilhelm Marr, der dies in einem Aufsatz aus dem Jahr 1879 erstmals gebrauchte. Mit dem neuen Begriff des Antisemitismus sollte vor allen Dingen die wissenschaftliche Begründbarkeit der Ablehnung alles Jüdischen dokumentiert werden.

Und auf dieser pseudo-wissenschaftlichen Basis wurde der Antisemitismus bürgerlich. Das Bürgertum, aber auch intellektuelle Schichten, waren in besonderem Maße Opfer dieser Wirtschaftskrise. Sie hatten sich aber bisher stets selbst als Wahrer der abendländischen Kultur gefühlt. Sie hatten die Judenemanzipation in weiten Teilen begrüßt, weil jede Art von Judenverfolgung ein Machwerk der ungebildeten Unterschichten gewesen war. Das heißt, nach ihrem Selbstverständnis waren die Juden zwar eine Randgruppe, die aber doch zu akzeptieren war.

Der vermeintlich wissenschaftliche Beweis, dass in den Völkern eine eigene Triebkraft vorhanden, und damit die Geschichte eine Folge von Gesetzmäßigkeiten war, die sich immer wiederholten, eröffnete jetzt auch diesen Kreisen einen offenen Antisemitismus.

Denn wenn man akzeptierte, dass es eine Höherentwicklung einiger Völker gab, die politisches und kulturelles Sendungsbewusstsein verdeutlichte, dann mussten dem auch Völker auf einer niedrigeren Ebene gegenüberstehen. Und wer kam dort besser in Frage als die Juden, denen seit Jahrhunderten eine Nation versagt geblieben war?

Träger dieses Antisemitismus war in weiten Teilen das protestantische Milieu dieser Zeit, innerhalb des Katholizismus war er weniger verbreitet. Dies hat seinen Ursprung aber wohl darin, dass die Katholiken im Deutschen Reich selbst eine Minderheit darstellten und daher eine gewisse Solidarität mit anderen Minderheiten geübt wurde.

Der wichtigste Träger eines antiliberal-protestantischen Antisemitismus war der Hofprediger Adolf Stoecker, dessen Schriften weite Teile des protestantischen Gesellschaftsteils erreichten.

Die „rassische Minderwertigkeit“ der Juden propagierten eine ganze Reihe von Agitatoren, die auf einer völkischen und rassenbiologischen Basis argumentierten. Ihre wichtigsten Träger in Deutschland waren Graf Gobineau, Dühring, Ahlwardt, aber auch Richard Wagner und sein Schwiegersohn, Houston Stewart Chamberlain. All ihre Schriften erreichten eine hohe Verbreitung.

In deren Folge gründeten sich bis zum Ersten Weltkrieg eine Reihe von Vereinen und Verbänden, die in der Regel agrarische oder mittelständische Interessen vertraten und diese mit einer wilden Deutschtümelei und nationalen Forderungen verbanden. An der Spitze stand zunächst der „*Deutsche Handlungsgelhilfenverband*“ (DHV), der auf protestantische Handelsmitarbeiter setzte und der nach eigenem Selbstverständnis heraus „aus dem Antisemitismus geboren wurde“.

Ein weiterer Träger des Antisemitismus bildete der „*Bund der Landwirte*“, dessen Träger ostelbische Großgrundbesitzer waren. Da diese aber stets völlig andere Interessen als etwa Bauern in Westfalen oder Hessen hatten, verzichteten sie auf ein deutlich formuliertes Programm. So bildete allein der Antisemitismus die Klammer, die den Bund zusammenhielt.

Neben vielen kleinen antisemitischen Vereinen ist insbesondere noch der „Aldeutsche Verband“ zu erwähnen. Sein Ziel war es, eine bewusst expansionistische Machtpolitik in den Köpfen der Menschen zu verankern. Er forderte die totale Integration des Einzelnen in die Gemeinschaft und die absolute Unterordnung der Menschen unter den vermeintlichen nationalen Willen. Dies allein schloss die jüdische Bevölkerung aus.

Von besonderer Tragweite war es, dass sich in den Vereinen Deutscher Studenten ein massiver Antisemitismus breit machte. Diese Jungakademiker gelangten nach und nach in verantwortungsvolle Stellen, wo sie ihren Einfluss auch in dieser Richtung gelten machen konnten. Auf diese Weise waren viele Volksschullehrer im ausgehenden Kaiserreich antisemitisch geprägt.

Man muss jedoch auch eines deutlich machen. Trotz des wachsenden Einflusses radikaler Strömungen hatte die Judenemanzipation Konstanz. Sie wurde weder eingeschränkt, noch litt das emanzipatorische Selbstverständnis der Juden merklich unter diesen Entwicklungen.

Es gab eine Reihe von Parteien, die in ihrer Geschlossenheit dem Antisemitismus Paroli geboten haben. Neben der Katholischen Kirche war es die von ihr getragene Zentrumsparterie, die dem Antisemitismus entgegenwirkte.

Aber auch die liberalen Parteien, die die Lösung der Judenfrage im 19. Jahrhundert stets propagiert hatten, blieben von solchen Einflüssen verschont. Und wo die Arbeiterbewegung stark war, fanden radikale Tendenzen kein Betätigungsfeld. Die Sozialdemokraten, die sowieso internationales, völkerübergreifendes Handeln in den Mittelpunkt stellten, konnten für derartige Umtriebe nur Abscheu empfinden.

Man muss nur festhalten, dass sich in der Wilhelminischen Zeit in Teilen der bürgerlichen Gesellschaft ein rassenbiologisch begründeter Antisemitismus breit machte, der in mentaler Hinsicht die Grundlagen für die Judenpolitik des Dritten Reiches legte.

Hatte das 19. Jahrhundert die Emanzipation einerseits, das Aufkommen des Antisemitismus andererseits gebracht, so verlief die Entwicklung des Ersten Weltkrieges ebenso zweischneidig.

Die Situation der Juden im und nach dem Weltkrieg 1914 - 1918

Wurde der Ausbruch des Krieges von einer Masseneuphorie getragen, so fand diese noch eine Steigerung bei dem jüdischen Bevölkerungsteil. Jetzt war man in der Lage, zu zeigen, dass man ein gleichwertiger Teil der deutschen Bevölkerung war. Man hatte nicht nur mehr die Rechte, die die Emanzipation gebracht hatte, nun kam dazu die Pflicht „sein“ Vaterland zu verteidigen. Nicht wenige glaubten, dass dies die letzten Vorurteile überwinden helfen würde. Tausende jüdischer Freiwilliger zogen mit Begeisterung in den Krieg.

Gerade dies wurde in der deutschen Presse gebührend beachtet, selbst eher protestantische Blätter schenkten dieser Tatsache große Aufmerksamkeit.

Nun verlief aber der Krieg weiß Gott nicht so, wie geplant. Spätestens im Jahre 1916 schlug die Stimmung um. Die Erfolge blieben aus, der Stellungskrieg forderte hohe Opfer, ohne dass irgendwelche Kriegsziele erreicht werden konnten, die Versorgung an der sogenannten Heimatfront gestaltete sich immer schwieriger, Hunger begann sich breit zu machen.

Die ersten negativen Meldungen über jüdische Soldaten wurden gezielt aus dem Offizierskorps gestreut. Vor allem junge Nachwuchsoffiziere fürchteten um ihre Aufstiegschancen, hatten sie doch jetzt eine Konkurrenz zu fürchten, die bis dato weitgehend von Führungspositionen ausgeschlossen war. Nach und nach weiteten sich die Gerüchte aus. Ging es zunächst nur darum, zu behaupten, die jüdischen Soldaten würden nicht in vorderster Front kämpfen, so weiteten sich die Gerüchte mit schlechter werdender Versorgungslage aus. Zunächst hieß es, die Juden würden in der Etappe die Versorgung kontrollieren, sie würden bewusst Nahrungsmittel für die Soldaten zurückhalten. Dann galten sie

schließlich als die Kriegsgewinnler, die den Hunger in der Heimat zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil nutzten, indem sie die Waren künstlich verknappten.

Der oben schon angesprochene „Alldeutsche Verband“ griff dies alles auf und verstärkte dies noch durch offizielle Anfragen im Reichstag.

Wie sehr auch dieses Mal die Juden herhalten mussten für viele Fehlentscheidungen und wie verworren diese Argumentation war, wird besonders deutlich an der hohen Wertschätzung, die Adolf Hitler, der Gefreite des Ersten Weltkrieges, den jüdischen Frontkämpfern entgegenbrachte. Diese Hochachtung wird am deutlichsten an der Aussetzung oder Einschränkung der Judengesetzgebung des Dritten Reiches für die Personengruppe der jüdischen Frontsoldaten.

Das für viele bittere Ende des Krieges wurde im nachhinein mit der Dolchstoßlegende erklärt. Dafür konnte man den jüdischen Deutschen allerdings nicht die Schuld geben, ebensowenig wie für den sogenannten Schmachfrieden von Versailles.

Die Weimarer Republik ist geprägt von unterschiedlichen Einflüssen des Antisemitismus. Während alle antisemitischen Bewegungen in der Krisenzeit bis 1923 starken Zulauf verzeichnen, nimmt dieser in Zeiten relativen wirtschaftlichen Erfolgs rasch ab. So sind die goldenen Zwanziger Jahre, wie wir sie aus den Filmen dieser Zeit kennen fast ohne jeden antisemitischen Extremismus. Dies lässt sich auch deutlich an den Wählerzahlen, insbesondere der NSDAP, nachweisen.

Erst mit der Weltwirtschaftskrise des ausgehenden Jahrzehnts beginnt der Zulauf zu den rechten Parteien stark zuzunehmen. Insbesondere die NSDAP gewinnt stark an Zulauf. Merkwürdigerweise bleibt in den politischen Aktionen der Partei, vor allen Dingen in den Wahlkämpfen, der Antisemitismus von untergeordneter Rolle. Scheinbar hat Hitler ab Mitte der 20er Jahre erkannt, dass der Antisemitismus allein nicht in der Lage sein werde, der Partei einen Massenzulauf zu garantieren. Hitler selbst prangert stets den Versailler Frieden an, ebenso das internationale Börsenkapital, den Marxismus und die bürgerlichen Parteien. Von den Juden ist noch am Rande die Rede.

Allein vor den Gruppierungen, die sich durch den jüdischen Einfluss bedroht fühlen, etwa bei der Mittelstandsbewegung, wird dies zum Thema. Aber auch alle Vorträge auf parteiinternen Veranstaltungen werden von der Judenfrage geprägt. Denn auch wenn es nach außen weniger deutlich wird, der Rassenantisemitismus bildet die Grundlage der nationalsozialistischen Ideologie.

Und wer „*Mein Kampf*“ gelesen hat, dem ist klar, dass ein nationalsozialistisches Regime eine Judenpolitik betreiben werde, die auf eine Ausgrenzung der Juden in extremer Weise abzielt. Gleichzeitig muss man aber auch sehen, dass eine physische Vernichtung der Juden nicht in den Köpfen der Deutschen angelegt ist. Selbst die meisten Antisemiten halten eine solche Idee für so abwegig, dass sie diese auch der NSDAP nicht zutrauen würden. Und insbesondere die jüdisch-deutsche Bevölkerung rechnet zwar nach der Machtübertragung vom 30. Januar 1933 mit schwierigen Zeiten, aber nicht mit dem, was folgen sollte.

Ich möchte jetzt einmal ihren Blick auf die zwei Antipoden der Judenpolitik des Dritten Reiches lenken. Da ist zum einen die Frage zu stellen, wer sind eigentlich „die“ Juden im Deutschen Reich? Zum anderen will ich den Hitlerschen Antisemitismus kurz beleuchten.

Adolf Hitler und die Juden

Fangen wir mit der Person Hitler an. Ich selbst halte wenig davon, Geschichte an den Machern zu illustrieren, doch scheint mir das Dritte Reich ohne einen Blick auf das Phänomen Hitler und seinen Antisemitismus nicht erklärbar.

Hitler hat bereits in „*Mein Kampf*“ erklärt, dass er die Juden in seiner Wiener Zeit erlebt und dort seine Erkenntnisse über sie gewonnen habe. Die wissenschaftliche Forschung hat immer betont, er sei in besonderer Weise von der Lektüre der sogenannten Ostara-Heftchen geprägt worden. Von diesen ist bekannt, dass er sie in dieser Zeit häufig gelesen hat.

Bei diesen Heften handelt es sich um Groschenromane, die stets nach dem gleichen Motto ablaufen.
(Erzählung)
Ich bezweifle dies.

Ich neige zu der Ansicht, - und darüber wird man streiten können - dass seine direkte Erlebniswelt ihn geprägt hat.

Wien war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg voll mit Juden aus dem Osten. Diese befanden sich in einer ebenso schlechten wirtschaftlichen Situation wie Hitler selber. Allein die Solidarität der dort ansässigen jüdischen Gemeinden hob sie aus dem Elend der städtischen Unterschichten heraus.

Sieht man Hitlers Situation, der sich als Bewohner eines Männerheimes an der untersten Stelle der sozialen Struktur befand, so kann man annehmen, dass sich aus seinem Sozialneid heraus ein latenter Antisemitismus verstärkt hat.

Ebenso wird deutlich, warum er soziale Organisationsformen in der eigenen, völkisch definierten Gesellschaft so weit oben angesiedelt hat. Ich nenne hier nur Organisationen wie die NSV oder populistische Maßnahmen wie die Eintopfsonntage, die selbst in der ausländischen Presse auf große Begeisterung stießen.

Soviel am Rande zu einer möglichen Erklärung des Hitlerschen Antisemitismus.

Juden im Deutschland zu Beginn der 30er Jahre

Sehen wir uns nun die Gruppe der Opfer an. Wie groß war z.B. die Gruppe, die nach nationalsozialistischer Denkweise das Verderben des Deutschen Volkes betrieb? Im Januar 1933 umfasste die Gruppe der Glaubensjuden in Deutschland etwas mehr als 500.000 Menschen, das entspricht etwa 0,75% der Gesamtbevölkerung.

In einigen Berufen sind die jüdischen Bürger tatsächlich überrepräsentiert. Dies gilt in allen freiberuflichen Tätigkeiten, insbesondere im medizinischen Bereich und im Anwaltswesen, wo sie mehr als 10% stellen. Ebenso gilt dies für den künstlerischen Bereich.

Eine dominante Stellung nehmen sie in der Textilherstellung und im Warenhandel ein. Gerade dies ist Folge sowohl der Ausgrenzung wie der Emanzipation. Hatte man sie früher auf den Klein- und Lumpenhandel festgelegt, weil ihnen der Zugang zu anderen Berufen verwehrt war, so hatten sie nach der Emanzipation aufgrund ihrer besonderen Kenntnisse in diesen Fachgebieten einen Wissensvorsprung, den sie nutzten. Im Bankgewerbe, das nach nationalsozialistischer Propaganda „völlig verjudet“ war, spielten sie dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Ich will zum Ende kommen und mich kurz fassen.

Mit dem 30. Januar beginnt die erste Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik. Sie zielt vor allem auf eine rechtliche Diskriminierung und wirtschaftliche Entmachtung der deutsch-jüdischen Bevölkerung ab. Diese Phase dauert bis zur oben dargestellten Reichspogromnacht.

Der Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 brachte für viele Juden die Erkenntnis, dass hinter den lauten Drohungen der Nationalsozialisten mehr steckte, als sie vermutet hatten. Aber noch immer hielt man dies alles für nicht mehr als einen reinen Krawall-Antisemitismus.

Drohender wurde es schon wenige Tage später mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dies bezweckte genau das Gegenteil von dem, was es aussagte. Es diente zur Entfernung politisch missliebiger Beamter aus dem Dienst, dazu zählten jetzt bereits die Juden. Nun ging es Schlag auf Schlag. Zunächst wurde die Zahl der jüdischen Studenten begrenzt, mit dem Schriftleitergesetz wurden sie aus allen Presseberufen entfernt. 1935 wurden alle Juden vom Wehrdienst ausge-

schlossen, es folgten die Nürnberger Gesetze, die die Juden praktisch zu Bürgern zweiter Klasse machten.

Im Jahr 1936 wurde die Unterstützung für kinderreiche jüdische Familien abgeschafft, jüdische Privatlehrer durften keinen Unterricht mehr erteilen, Ärzten wurde die Approbation entzogen, ebenso verloren Rechtsanwälte und andere Berufsgruppen die Berufserlaubnis.

1938 mussten alle Juden ihr Vermögen deklarieren, im Juli bekamen sie besondere Kennkarten, im August wurden sie gezwungen, den zusätzlichen Vornamen Sarah oder Israel zu tragen, ab Oktober bekamen sie ein rotes „J“ in ihren Pass, ab November waren jüdische Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen.

Dies alles sind nur einige wenige Beispiele. Es geschah noch vieles mehr, auch auf lokaler Ebene. Es zeigt aber, dass der Prozess der Entrechtung schleichend, aber permanent war. Dass es noch schlimmer kommen könnte, damit rechnete niemand.

Die Reichspogromnacht bedeutete dann einen erneuten Schock.

Sie machte aber vielen Juden eines deutlich. Dieses Deutschland konnte nicht mehr ihre Heimat sein. Jetzt erst begann in großem Maße eine Ausreisewelle. Und diese war gewollt: Das NS-Regime setzte in seiner Judenpolitik von 1939 bis 1941 gezielt darauf, mit den Juden den Antisemitismus zu exportieren. Man glaubte, durch gezielte Vertreibung in anderen Ländern soziale Probleme produzieren zu können, die dann auch dort zu einem wachsenden Antisemitismus führen würden.

Wie vieles im Nationalsozialismus blieb aber auch diese Strategie unausgegoren. Zeitgleich zu den gerade genannten Faktoren wurden Pläne entworfen, die Juden insgesamt nach Madagaskar oder Sibirien auszusiedeln.

Gleichzeitig existierten aber auch Phasen, in denen die Aussiedlung massiv behindert wurde. Knapp 100.000 jüdische Deutschen gelang bis 1941 die Aussiedlung, ehe sie am 23. Oktober 1941 verboten wurde. Zu dieser Zeit war der Völkermord bereits in vollem Gange.

Im Herbst 1941 hatte die systematische, mit deutscher Gründlichkeit bürokratisch geregelte und bis ins Detail geplante Deportation der Juden aus Deutschland begonnen. Dies war die letzte Phase der nationalsozialistischen Judenpolitik, die nur noch ein Ziel hatte: Die europäischen Juden sollten ausgerottet werden.

Heydrich hatte bereits im Sommer 1941 eine Vollmacht Görings erhalten, die ihn mit der Endlösung der Judenfrage betraute. Ab Mitte Oktober erhielten Juden Aufforderungen, sich auf die Evakuierung vorzubereiten. Diese enthielten Maßregeln für die Evakuierung in den Osten. Sie wurden aufgefordert, alle offenen Rechnungen zu zahlen, die Wohnung in geordnetem Zustand zu hinterlassen. Ebenso wurde ihnen mitgeteilt, dass ihr Vermögen rückwirkend beschlagnahmt sei.

Als am 20. Januar 1942 die Wannseekonferenz stattfand, um die organisatorischen Details zu klären, lief die Maschinerie bereits auf vollen Touren.

Insbesondere in den besetzten Gebieten waren längst Todeskommandos unterwegs, die systematisch die jüdische Bevölkerung hinter den Frontlinien ausrottete oder sie zusammentrieb und in die Vernichtungslager deportierte.

Meine Damen und Herren,

ich will Ihnen hier die Einzelheiten aus den Vernichtungslagern ersparen. Diese sind uns allen in ihrer ganzen Grausamkeit und Unmenschlichkeit bekannt. Die Namen Treblinka, Belzec, Sobibor und Auschwitz sprechen für sich.

Etwa 200.000 deutsche Juden wurden in den Vernichtungslagern umgebracht, insgesamt wurden mehr als 3 Millionen Juden Opfer der „*Endlösung der Judenfrage*“.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss kommen und dann in eine Diskussion einsteigen.

Theodor W. Adorno hat in einem berühmten Aufsatz die Frage gestellt, ob es eine Geschichte nach Auschwitz geben könne. Meine Antwort ist ja. Es gibt sie, und es wird sie weiter geben, aber: sie wird niemals mehr so sein wie vor der Vernichtung der Juden in Deutschland und Europa. Dazu trägt das Gedenken an Ereignisse wie die Reichspogromnacht ebenso bei, wie es dieser Vortrag auch sollte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.